

## Großes Lob

**Zu: *Albert Einstein und das Wunderjahr 1905, März 2005***

Der thematische Schwerpunkt „Albert Einstein und das Jahr 1905“ ließ die März-Ausgabe aus der ohnehin hohen Qualität Ihrer Zeitschrift hervorstechen.

Ihr Magazin hat mich nun fast komplett über die intellektuelle Durststrecke des Zivildienstes gebracht, bis ich mein Physikstudium beginnen kann.

Auch dafür vielen Dank.

CLEMENS LÖBNER

Clemens Löbner,  
Bautzen

Fritz Penn, Darmstadt

Ich möchte Ihnen sehr großes Lob für Inhalt und Gestaltung der Einstein-Sonderausgabe des Physik-Journals aussprechen.

Mich hat die schöne Auswahl von Artikeln beeindruckt, welche die Leserinnen und Leser in das Jahr 1905 hineinversetzen. Eine besonders nette Idee fand ich es, dass neben den interessanten wissenschaftshistorischen Rückblicken auch eine reguläre Rubrik wie „Personalien“ zur Veranschaulichung des annus mirabilis genutzt wurde (wenngleich es im ersten Moment während eines Montagmorgen-Drömmelns etwas für Verwirrung gesorgt hat).

Interessant wäre es auch gewesen, auch weitere Rubriken wie „Stellenmarkt“, „Neue Produkte“ und „Service“ (ehemals: „Das braucht der Physiker“) ähnlich in das Wunderjahr zu transformieren, aber ich vermute, dass dem kommerzielle Aspekte entgegenstanden sind. Größtenteils wurde dieser Wunsch allerdings durch die Rubrik High-Tech 1905 abgedeckt.

Wie dem auch sei, recht herzlichen Dank für diese gelungene Ausgabe!

FRITZ PENN

## Schleichende Privatisierung

**Zu: *„Studiengebühren als Chance“, April 2005, S. 51***

Die inhaltliche Diskussion darüber, ob man Studiengebühren will oder nicht, wird man sich ersparen können. Der Zug dahin ist, gezogen von einer europäischen Lokomotive, längst abgefahren. Lokale politi-

sche Zusagen, man wolle keinesfalls Studiengebühren erheben, sind – wie notwendigerweise alle politischen Zusagen – von sehr kurzer Haltbarkeit, die durch kurzfristige Ereignisse nochmals weiter verkürzt werden kann.

Nein, es kann nur noch darum gehen, diese Entwicklung in ihrem ganzen Ausmaß zu erkennen, zu beurteilen und dann zu entscheiden, ob man darüber glücklich sein will oder nicht. Zunächst scheinen Studiengebühren ja für die Forscher an den Universitäten Glück zu bringen, nämlich Geld, das bitte schön gefälligst dort auch zu bleiben hat und nicht in den bodenlosen öffentlichen Haushalten verschwinden soll. Selbst diese ziemlich naive Hoffnung beschert nur limitiertes Glück, denn bei der jetzt angedachten Höhe von 500 Euro pro Semester sind das nur wenige Prozent vom Gesamthaushalt. Aber dieser Betrag, dessen Höhe wie nahezu alle staatlichen Gebühren höchst willkürlich gewählt ist, lässt sich ja noch kräftig steigern.

In England ist man schon viel weiter, nämlich bei etwa der dreifachen Höhe. Ein europäisches Vorbild? Und auch das muss nicht schon das Limit sein.

Studierende und Hochschulen haben – zumal in Deutschland – immer noch ein begrenztes politisches Ansehen und eine nur sehr schwache Lobby. Also wird man Studiengebühren auch bei uns weiter steigern, nicht etwa deshalb, um das Glück der Hochschulforschung zu mehren, sondern um die öffentlichen Haushalte problemloser als durch Streichung der Eigenheimzulage zu entlasten. Mitnichten werden die Studiengebühren bei den Hochschulen verbleiben. Das zu erwarten oder auch nur zu hoffen, geht an der Wirklichkeit vorbei. Natürlich, auch dazu gibt es anderslautende politische Zusagen, aber deren Haltbarkeit usw. usw. ...

Ein Blick in unsere europäische Nachbarschaft, wo Studiengebühren schon seit längerem gang und gäbe sind, ist auch dazu lehrreich. In dem Maße, wie Studiengebühren hereinkommen, zieht sich der Finanzminister aus der Finanzierung der Hochschulen zurück. Und diesem europäischen Vorbild – wir sind doch alle gute Europäer – sol-

len ausgerechnet die gebeutelten deutschen Finanzminister nicht mit Freuden folgen wollen? Im übrigen gibt es, wie man weiß, sehr subtile Techniken, wie sich Finanzminister zurückziehen, ohne gegen frühere Zusagen so direkt zu verstoßen. Nein, die Studiengebühren verbleiben ja wie versprochen bei den Hochschulen, nur so manch andere Zuwendung „wird auf den Prüfstein gestellt“.

Also kommen wir aus unseren Wolkenkuckucksheimen heraus und ziehen die Bilanz: Studiengebühren sind nichts anderes als eine schleichende Privatisierung der Hochschulen aus der staatlichen Finanzierung heraus zu den Studierenden, ihren Eltern und – hoffentlich – weiteren Förderern als „shareholdern“. Auch das muss man nicht für schlecht halten, im Gegenteil, da lassen sich viele gute gesellschaftliche Argumente finden, die diesen Prozess stützen. Nur über die Konsequenzen sollte man sich nicht täuschen. Ganz bestimmt wird dadurch nicht die Forschung an den Hochschulen beglückt, sondern es wird sehr viel mehr Aufwand für Lehre und für die Betreuung der Studierenden eingefordert werden. Wie das angesichts der jetzigen trostlosen Situation der Hochschullehre in Deutschland geschehen soll, ist ein anderes und sehr trauriges Kapitel. Die Hochschulforschung jedoch wird so oder so mit großem Druck in den Drittmittelbereich gedrängt werden oder gar in die hochschulfreien Forschungsinstitute auswandern. Und das alles wird nicht nur von den Politikern, sondern auch von den Medien und von der Öffentlichkeit mit Genugtuung und Beifall bedacht werden.

Die Erwartung, Studiengebühren würden der Hochschulforschung zwar nicht sehr viel, aber doch ein wenig mehr Geld in die Kassen spülen und das könnte ja in Zukunft noch etwas mehr werden, aber sonst bliebe alles beim Alten, wird also gründlich danebengehen. Mit den Studiengebühren und der schrittweisen Privatisierung der Hochschulen wird eine Professionalisierung von Lehre und Management einhergehen. Von den lieb gewonnenen Gewohnheiten, Lehre für ein Abfallprodukt guter Forschung zu halten und im übrigen alle weitere Entwicklung durch die akademische Selbstverwaltung zu blockieren, wird man mittelfristig, wenn nicht gar kurzfristig mit lau-

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

tem Wehklagen Abschied nehmen. Nein, man wird das alles nicht mehr verhindern können, aber bevor man der Verführung der Studiengebühren allzu eifertig nachgibt, sollte man sehr sorgfältig darüber nachdenken, was die Folgen sind.

JÜRGEN SCHNAKENBERG

Die gemeinsame Stellungnahme der DPG und der GDCh zum Thema Studiengebühren ist in ihrem Inhalt schon sehr erstaunlich.

Studiengebühren führen sehr wohl dazu, dass Menschen aus sozial schwächeren Schichten ihr Grundrecht auf Bildung nicht mehr wahrnehmen können. Stipendien gibt es meist nur für diejenigen, die entsprechende Zensuren vorweisen können – im Widerspruch zur Definition eines Grundrechts. Darüber hinaus helfen Phrasen aus der Standortdebatte nicht weiter. In der Physik geht es schließlich nicht um Wettbewerb und Profilbildung, sondern um internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit für eine breite Palette von Erkenntnissen.

STEFAN HOCH

Wer „Studiengebühren als Chance“ für bessere Forschungsbedingungen (und Lehre) sieht, hat das Konzept falsch verstanden!

Es sollte bei Studiengebühren nur um eine Verbesserung der Lehre gehen. Studiengebühren können nebenbei als Steuerungsinstrument für „effektiveres“ Studieren benutzt werden. Rechtlich gesehen können sogar Löcher im Landeshaushalt gestopft werden. Allerdings würden Studiengebühren höchstens eine geringfügige Verbesserung der Lehre bewirken. Nicht fehlende Studiengebühren sind schuld an der Unterfinanzierung des Bildungssystems, sondern die Kürzungsrunden der Landesregierungen. 500 Euro Studiengebühren würden beispielsweise in Niedersachsen nicht ausreichen, die Kürzungen der letzten Jahre auszugleichen. Durch Studiengebühren wird es nicht „mehr und besser ausgebildete Studierende“ geben, wie sie der Präsident der GDCh fordert.

Im Gegenteil sind schon 500 Euro eine erhebliche zusätzliche Belastung. Dadurch werden junge Menschen vom Studium abgehalten. Studierende werden mehr jobben

müssen und trotzdem versuchen so schnell wie möglich ihren Abschluss zu erhalten. Es bleibt kein Platz mehr für Spezialvorlesungen oder einen Blick über den Tellerrand.

Die DPG und die GDCh wünschen sich stärkere Konkurrenz zwischen den Hochschulen. Wir befürchten aber, dass dies auf Kosten einer flächendeckend guten Lehre geht. Öffentlichkeitswirksame Aktionen und prestigeträchtige Zweige der Forschung dürfen keinen Vorrang vor der alltäglichen Bildung bekommen. Eine stärkere marktwirtschaftliche Ausrichtung bedeutet auch einen noch stärkeren Zwang für die Forschung, sich nach finanzieller Verwertbarkeit auszurichten.

Wir fordern deshalb die Vorsitzenden der DPG und der GDCh auf, ihre Positionen zu überdenken und nicht die bildungsfeindliche Politik der Landesregierungen zu stützen!

SONJA UPHOFF,  
IM NAMEN DER FACHGRUPPE  
PHYSIK, TU BRAUNSCHWEIG

Prof. Dr. Jürgen Schnakenberg, Roetgen-Rott

Dipl.-Phys. Stefan Hoch, Regensburg

Sonja Uphoff, Fachgruppe Physik Braunschweig

## „Junge“ Themen im Physik Journal

**Sie** sind DPG-Mitglied und studieren noch?

**Sie** vermissen „junge“ Themen im Physik Journal?

**Haben Sie** Lust, Ihre Wünsche und die Ideen der Redaktion gemeinsam mit uns zu diskutieren und zu entwickeln?

**Ja?**

Dann senden Sie uns Ihre Wünsche, Anregungen und Vorschläge als einseitiges PDF-Dokument per E-Mail an [redaktion@physik-journal.de](mailto:redaktion@physik-journal.de).

Vergessen Sie nicht, Ihren Namen, Anschrift und

E-Mail-Adresse sowie Studienfach und Semesterzahl anzugeben.

Vielleicht gehören Sie dann zu den Leserinnen und Lesern, die wir zu einem

Workshop im Herbst einladen möchten. Außerdem verlosen wir unter allen Einsenderinnen und Einsendern attraktive Buchpreise aus dem Programm von Wiley-VCH zum Einstein-Jahr.

